

Erfolgreiche Bilanz der Tätigkeit zur Festigung des Staats- und Rechtsbewußtseins der Bürger

Die Erläuterung von Fragen unserer sozialistischen Staats- und Rechtsentwicklung nimmt in der populärwissenschaftlichen Arbeit der URANIA einen festen Platz ein. Auf der Grundlage und in Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 7. Mai 1974 über die nächsten Aufgaben zur Erläuterung des sozialistischen Rechts sowie zur Festigung und weiteren Entwicklung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen konnten hier beachtliche Fortschritte erzielt und wertvolle Erfahrungen gesammelt werden.

Gegenwärtig befaßt sich etwa jede 8. Veranstaltung im Rahmen der URANIA mit Fragen der Staats- und Rechtsentwicklung in der DDR. Allein im Jahre 1975 fanden annähernd 40 000 Veranstaltungen statt, an denen etwa 1,4 Millionen Bürger teilnahmen; das sind über ein Viertel mehr Veranstaltungen als im Jahre 1974. Darin äußert sich das zunehmende Interesse der Werktätigen an Fragen der sozialistischen Staats- und Rechtsentwicklung und die weitere Ausprägung des sozialistischen Staats- und Rechtsbewußtseins der Bürger.

Es entspricht der führenden Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der Verstärkung ihres Einflusses auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, wenn die Staats- und Rechtspropaganda vor allem die Arbeitskollektive in den Betrieben erreicht. Namentlich in größeren Betrieben werden in zunehmendem Maße systematisch und zielgerichtet staats- und rechtspropagandistische Vorträge und Vortragszyklen für mittlere Leitungskader, Meister, Brigadiere und Gewerkschaftsfunktionäre organisiert. Dabei ist insbesondere die enge Verbindung zwischen der rechtserzieherischen Tätigkeit und der Bewegung für vorbildliche Ordnung, Disziplin und Sicherheit hervorzuheben. In die Wettbewerbsprogramme der Arbeitskollektive werden mehr denn je Festlegungen zur Durchsetzung des sozialistischen Rechts und entsprechende Maßnahmen zu seiner Erläuterung aufgenommen.

Im Zusammenhang mit der Erläuterung der neuen, sozialistischen Zivilgesetze konnte auch in den Wohngebieten ein spürbarer Aufschwung in der rechtspropagandistischen Arbeit erzielt werden.

Als bedeutsam für die Verstärkung der Staats- und Rechtspropaganda hat sich die enge und effektive Zusammenarbeit zwischen der URANIA und der Vereinigung der Juristen der DDR (VdJ) erwiesen. Die in der VdJ organisierten Juristen sind vorwiegend innerhalb der URANIA als Lektoren für Rechtspropaganda tätig^{VI/}

Wachsende Anforderungen an das ideologisch-theoretische Niveau der populärwissenschaftlichen Arbeit

In der letzten Zeit durchgeführte Konferenzen der URANIA sowie Beratungen ihrer Mitglieder und Referenten haben aber auch deutlich gemacht, daß mit der weiteren Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, der Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten und der allseitigen Durchsetzung sozialistischer Lebensgewohnheiten sowie der sich verschärfenden ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus die Ansprüche an die populärwissenschaftliche Arbeit generell und damit

auch speziell an die Staats- und Rechtspropaganda wachsen.^{2/}

Es kommt vor allem darauf an, den weltanschaulichen Gehalt und damit das ideologische und theoretische Niveau der Vorträge und anderer Veranstaltungen weiter zu erhöhen und zur Propagierung der in den Dokumenten des IX. Parteitages der SED, namentlich im neuen Programm der SED, enthaltenen Grundprobleme der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus, der weiteren Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft und der Entwicklung des revolutionären Weltprozesses noch wirksamer beizutragen. Dazu gehört die Auswertung des XXV. Parteitages der KPdSU, mit dem die Theorie des Marxismus-Leninismus bereichert und schöpferisch auf die Bewältigung der Grundfragen unserer Zeit angewandt wurde.

Bei allen Fortschritten in der populärwissenschaftlichen Arbeit muß es noch besser gelingen, in Auswertung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED und durch die gründliche Beherrschung der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtslehre zu den Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Staats- und Rechtsentwicklung vorzudringen, das Wesen unserer sozialistischen Staatlichkeit und den Prozeß der ständigen Entfaltung der sozialistischen Demokratie darzulegen. In manchen von Juristen gehaltenen Vorträgen werden die Fragen des Rechts teilweise verselbständigt und die dialektischen Wechselbeziehungen zwischen dem sozialistischen Staat, dem sozialistischen Recht und der Gesetzmäßigkeit sowie das im Recht selbst zum Ausdruck kommende neue Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat noch nicht immer überzeugend und wissenschaftlich fundiert genug dargelegt. Es gilt aber, das sozialistische Staats- und Rechtsbewußtsein der Bürger in seiner inneren Einheit weiter auszuprägen.

Das erfordert, die Grundfragen der künftigen Ausgestaltung der politischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft stärker in den Mittelpunkt der populärwissenschaftlichen Arbeit zu rücken. Dazu gehört insbesondere die Erläuterung des Charakters unseres sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern, der als eine Form der Diktatur des Proletariats die Interessen des ganzen Volkes der DDR vertritt und das Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege zum Kommunismus ist. Größere Aufmerksamkeit ist der Behandlung solcher grundlegender theoretischer und ideologischer Probleme wie den Beziehungen zwischen Sozialismus und Demokratie, Sozialismus und Verwirklichung der Menschenrechte sowie Recht und Freiheit zu schenken. Es sind die im sozialistischen Recht verankerten sozialen und ethischen Werte der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, der Solidarität, der Humanität und Menschenwürde immer wieder deutlich zu machen.

Die Erörterung dieser Probleme erhält nicht zuletzt deshalb besonderes Gewicht, weil die Fragen des Staates und der Demokratie, des Verhältnisses von Recht und Freiheit einen zentralen Platz in der sich verschärfenden ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus einnehmen. In ihrer gegen die DDR gerichteten Diversionstätigkeit haben die reaktionärsten imperialistischen Kräfte in der BRD gerade die Diffamierung der sozialistischen Demokratie und die Auseinandersetzung mit unserer neuen, sozialistischen Straf- und Zivilgesetzgebung zu Schwerpunkten

^{VI/} Vgl. W. Baur/S. Petzold, „Die gemeinsame Verantwortung der URANIA und der Vereinigung der Juristen für die Erläuterung des sozialistischen Rechts“, NJ 1975 S. 2 ff.

^{2/} Vgl. hierzu auch H. Dettenbom/K. A. MoUnau, „Überlegungen zum Inhalt der sozialistischen Rechtserziehung“, NJ 1976 S. 281 ff.